

«Initiative No Fracking»: Bürger fürchten Folgen von Testbohrungen

Von Sigi Malinowski > 30.09.2012, 17:55

Nordkreis. Immer wieder lässt sich Diplom-Physiker Oliver Kalusch in seinen Darstellungen unterbrechen. Das stört ihn nicht. Im Gegenteil. Der Experte - aus Witten angereist - gibt gerne und ausführlich Auskunft. Er beantwortet jede Frage. Ohne auszuweichen.

Die Menschen, die ihm im Soziokulturellen Zentrum Klösterchen in Herzogenrath gegenüber sitzen, haben - wie Kalusch auch - große Sorgen: In der Region könnten bald Probebohrungen nach Erdgas stattfinden. Betreffen soll das unter anderem die Städte Alsdorf, Würselen und Wegberg.

Gegen das Technische Verfahren, das sogenannte Fracking, werden sie sich auflehnen. Das nimmt konkrete Züge an, denn am Ende des zweistündigen Vortrags und einer intensiven Diskussion stand die Bildung einer Bürgerinitiative.

Drei «Attac»-Gruppen aus der Region sind federführend. Albert Borchardt aus Eschweiler, der Jülicher Siegfried Faust und Christa Frohn (Heinsberg) gehören zu den Motoren dieser BI und haben neben weiteren Beteiligten das Aktionsbündnis auf den Weg gebracht. «Wir werden alle Kräfte bündeln, um in einem ersten Schritt auch eine Protestveranstaltung zur Information der Bevölkerung auszurichten», kündigte Albert Borchardt an.

Siegfried Faust hatte vor dem Referat von Oliver Kalusch, der dem Bundesverband der Bürgerinitiativen Umweltschutz angehört, geäußert: «Es ist sehr beunruhigend, was durch das Fracking auf uns zukommen könnte.» Er befürchtet «große chemische Einsätze und durch den hohen Druck, mit dem gearbeitet wird, könnten hier im Bergbauegebiet auch Erdbeben ausgelöst werden».

Diese These stützt Oliver Kalusch. «Das Unternehmen Wintershall will fracken und sich wie andere Unternehmen auch einer unverantwortlichen Risikotechnik bedienen.» Zwar würden die interessierten Unternehmen beschwichtigen, aber Kalusch sieht «auch große Grundwasser- und Bodenverschmutzungen».

Wie steht nach Meinung der Aktivisten die Politik zu den Absichten? Kalusch: «Der Bund würde unter hohen Auflagen ja sagen», befürchtet der Experte. Das Land NRW habe zwar eine ablehnende Haltung angenommen, «doch unter geänderter Datenlage würde die Landesregierung das Projekt keineswegs aufgeben», vermutet Kalusch.

Das von den Unternehmen propagierte geringe Risiko «kann überhaupt keiner einschätzen». Auch ist nach Meinung von Kalusch «die Entsorgungsfrage völlig ungeklärt». Rund um den Vortrag im Klösterchen wurde der Referent mit Fragen und Bedenken gegen das Fracking nahezu überschüttet.

Der Umweltausschuss der Städteregion war Ende vergangenen Jahres dem Antrag gefolgt, die rechtlichen Möglichkeiten auszuloten, das Fracking in der Region zu verhindern, hieß es bei der Gründungsversammlung der Initiative. Am Ende der über zwei Stunden dauernden Diskussion gründete sich die «Initiative No Fracking - Aachen, Heinsberg, Jülich». Sprecherinnen sind Christa Frohn (Heinsberg) und Marika Jungblut aus Baesweiler. In einem nächsten Schritt will die BI sich zu einer konstituierenden Sitzung treffen und die weitere Vorgehensweise festlegen.

Hydraulic Fracturing, auch in Kurzform Fracking genannt, ist ein weltweit umstrittenes Verfahren zur Förderung von Gas aus unkonventionellen Lagerstätten. Millionen Liter Wasser, versetzt mit Tonnen teils hochgiftiger Chemikalien, werden unter hohem Druck in den Boden gepresst, um zuvor gebundenes Gas entweichen zu lassen.

Hydraulic Fracturing, das in verschiedenen Ländern verboten ist, wurde erstmals 1947 eingesetzt. Anfangs wurde mit geringem Druck und teils komplett ohne Chemikalien gearbeitet. Diese Art wird auch heute noch verwendet, um Trinkwasserbrunnen anzuregen. Auch in der Geothermie kommt das Verfahren zum Einsatz.

www.an-online.de/sixcms/detail.php?template=an_detail&id=2775315&_wo=Nachrichten:Topnachrichten